

Auswertung BDS-Stimmungsbarometer Herbst 2022¹

Inhalt:

1. Die Kernaussagen
2. Die Umfrageteilnehmer
3. Die Ergebnisse im Überblick
 - 3.1. Wirtschaftliche Lage des eigenen Unternehmens
 - 3.2. Wirtschaftliche Lage von Deutschland
 - 3.3. Personal
 - 3.4. Ausbildung
 - 3.5. Politik
 - 3.6. Sonderthema: Energie
4. Fazit

1. Die Kernaussagen

1.1. Wirtschaftliche Lage des eigenen Unternehmens

Die wirtschaftliche Lage der BDS-Mitglieder hat sich im Vergleich zum Frühjahr 2022 noch einmal verschlechtert. Der BDS-Stimmungsindex (Differenz aus „gut“ und „schlecht“) sinkt von 25 im Frühjahr auf 19 im Herbst. Der Anteil der Unternehmen mit einer guten Geschäftslage sinkt von 39,4% auf 36,8%. Im Gegenzug steigt der Anteil mit einer schlechten Geschäftslage von 14,3% auf 18%. Der Anteil mit einer befriedigenden Geschäftslage bleibt stabil bei 45,2% im Vergleich zum Frühjahr mit 46,3%.

Diese prekäre Lage zeigt sich auch in den Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Dort lag der Index (Differenz aus „verbessert“ und „verschlechtert“) bereits im Frühjahr negativ mit -17. Im Herbst sank der Index weiter auf -34. Der Anteil der Unternehmen, die positiv auf die nächsten 6 Monate blicken, liegt nur noch bei 10%. Dem gegenüber stehen 44% der Unternehmen, die eine Verschlechterung in den nächsten sechs Monaten erwarten. Der Anteil der „nicht verändert“ liegt bei 46%. Noch gravierender ist der Blick auf die Investitionen in den nächsten zwölf Monaten. Hier geben lediglich 11,6% der Unternehmen an, dass die Investitionen steigen werden. Bei 38,4% bleiben die Investitionen gleich und bei 50% werden die Investitionen sinken.

¹ Zeitraum der Umfrage: 07.11. bis 16.11.2022, 259

1.2. Wirtschaftliche Lage Deutschlands

Beim Blick auf Deutschland sind die Umfrageteilnehmer noch pessimistischer. So bewerten nur 6,4% die aktuelle wirtschaftliche Lage Deutschlands als „gut“, 37,2% bewerten die Lage mit „befriedigend“. Und die Mehrheit von 56,4% sehen die aktuelle wirtschaftliche Lage als „schlecht“. Auch hier zeigt sich noch einmal eine Verschlechterung im Vergleich zum BDS-Stimmungsbarometer aus dem Frühjahr 2022 („gut“ 6,9%, „befriedigend“ 57,4% und „schlecht“ 40,7%).

Für die nächsten sechs Monate erwarten nur 4,4% der Unternehmen, dass sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland verbessern wird. Dagegen hat eine Mehrheit von 74,8% sinkende Erwartungen und 20,8% erwarten eine gleichbleibende Lage.

1.3. Personal

Der Anteil der Betriebe, die in den nächsten zwölf Monaten mit Neueinstellungen rechnen, ist im Vergleich zum Frühjahr von 12,7% auf 18,1% gestiegen. Bei 62,6% der Betriebe ist die Mitarbeiterzahl gleichgeblieben (Frühjahr 70,5%) und 19,3% der Unternehmen haben einen Mitarbeiterrückgang.

Mit Blick auf die nächsten sechs Monate geben 12,4% der Unternehmen an, dass die Mitarbeiterzahl zunehmen wird (Frühjahr 13,7%). Bei 75,1% bleibt die Mitarbeiterzahl gleich (Frühjahr 77,1%) und bei 12,4% wird es zu einem Rückgang kommen (Frühjahr 9,2%). Dabei geben 88,5% der Befragten an, dass es für Sie problematisch ist neue qualifizierte Mitarbeiter zu finden. Lediglich 11,5% haben keine Probleme bei der Mitarbeitersuche. Die drei Hauptprobleme bei der Mitarbeitersuche sind mit 60,6% „keine bzw. fehlende Bewerbungen“, „unzureichende Fachkenntnisse“ mit 59,4% und „zu hohe Gehaltserwartungen“ mit 42,7%.

1.4. Ausbildung

Knapp 40% der Betriebe bilden aktuell aus. Wobei 68,2% angeben, dass Sie Probleme haben Auszubildende zu finden. Lediglich 31,8% haben keine Probleme ihre Auszubildenden-Stellen zu besetzen. Auch hier sind fehlende Bewerber mit 60% und fehlende Qualifikation mit 63,5% die größten Probleme.

1.5. Politik

Bei der Bewertung der Politik erhalten die kommunalen Verwaltungen im Gegensatz zur Landes- bzw. Bundesregierung zumindest noch eine befriedigende Note. So werden die kommunalen Verwaltungen mit einer 3,6 (Frühjahr 3,4) benotet. Die Landesregierung erhält von den Unternehmen nur noch eine 4,3 im Vergleich zur 3,8 im Frühjahr 2022. Die Bundesregierung rutscht auf eine 4,8 (Frühjahr 4,1) ab. Die Note „sehr gut“ wird äußerst selten vergeben, jedoch fällt auf, dass die Bundesregierung auch kaum „gute“ (4,8%) und „befriedigend“ (9,2%) erhält.

Die schlechte Bewertung der Bundesregierung spiegelt sich auch in der Einschätzung zu ihren Maßnahmen in der aktuellen Energie- und Gaskrise wider. Diese werden von lediglich 8,4% mit „sehr gut“ bzw. „gut“ angegeben. Die große Mehrheit bewertet die Maßnahmen mit „neutral“ (29,1%), „schlecht“ (39,2%) bzw. „sehr schlecht“ (23,35%).

Wie schon im Frühjahr 2022 stehen bei den dringendsten Forderungen bzw. Themen der Bürokratieabbau (61,6%), die Bekämpfung der Inflation (59%) und die Energiepreise (58,15%) ganz oben auf der Liste der Unternehmen. Dahinter folgen Material- und Rohstoffmangel (27,7%) und Fachkräftesicherung und -gewinnung (26,9%).

1.6. Sonderthema Energie

Als Sonderthema für das Stimmungsbarometer Herbst 2022 haben wir, aufgrund der aktuellen Situation, erneut die Energie- und Gaskrise und den Umgang der Unternehmen mit der aktuellen Krise. Auch hier zeigt sich die weiterhin schwierige Situation der Unternehmen. So hatten 16,3% der Unternehmen eine Steigerung der Energiekosten von 0-10%, 31,2% geben eine Steigerung von 11-25% an und 30,8% hatte eine Energiekostensteigerung von 26-50%. Bei 12,7% der Unternehmen stiegen die Energiekosten um bis zu 75% und bei 8,8% über 75%. Mehr als 50% der Unternehmen geben dabei an, dass sie die aktuellen Preise „sehr stark“ (7,9%) bzw. „stark“ (46,7%) belasten. Für 29% ist die Belastung gleichbleibend, 14,5% sind kaum belastet und 1,7% haben keine zusätzliche Belastung.

Die Insolvenzgefahr ist im Vergleich zum Frühjahr kaum gestiegen. So geben 7,9% der Betriebe an, dass die aktuellen Energiepreise für sie existenzbedrohend sind (Frühjahr 7%), 33,5% können dies nicht abschätzen (Frühjahr 27,14%) und für 58,6% sind die Energiepreise nicht existenzbedrohend (Frühjahr 65,8%).

Um die Belastung für das Unternehmen zu verringern, haben 59% der Betriebe die Raumtemperatur abgesenkt, 32,6% haben Energieeffizienzmaßnahmen (wie z.B. Heizungswartungen) durchführen lassen und 30% haben betriebliche Prozesse energetisch optimiert.

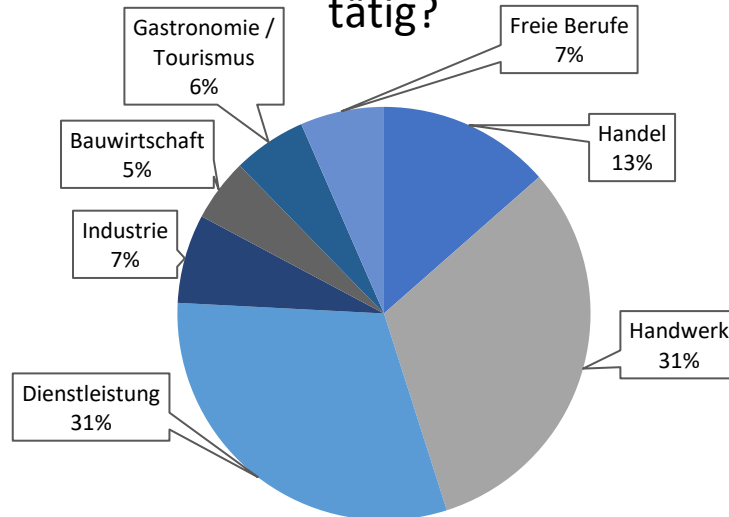
Wie schon bei den allgemeinpolitischen Themen steht auch als Wunschmaßnahme in der aktuellen Krise der Abbau von bürokratischen Hindernissen; sei es allgemein (75,3%) oder bezogen auf den Ausbau erneuerbarer Energien (52,9%) ganz oben auf der Forderungslisten. Dahinter folgen mit 67% die Verlängerung der AKW Laufzeiten, Steuererleichterungen mit Bezug auf Energiekosten (54,63%) und der schnellere Ausbau regenerativer Energien (37%).

Ansprechpartner:

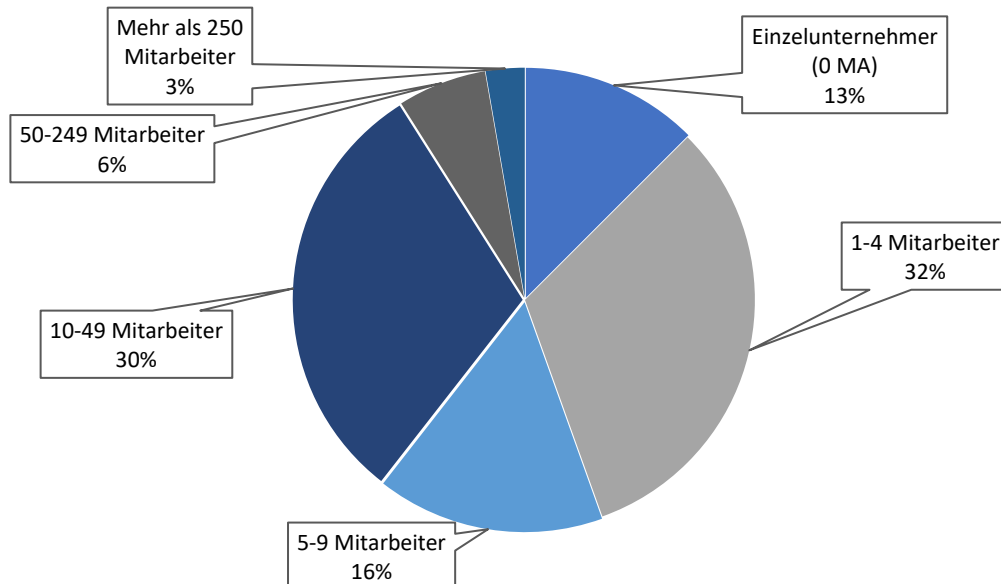
Nicolai Lauble
Bund der Selbständigen Baden-Württemberg e.V.
Taubenheimstr. 24
70372 Stuttgart
E-Mail: lauble@bds-bw.de
Telefon: 0711/954 688 13

2. Die Umfrageteilnehmer

In welcher Branche ist Ihr Unternehmen tätig?

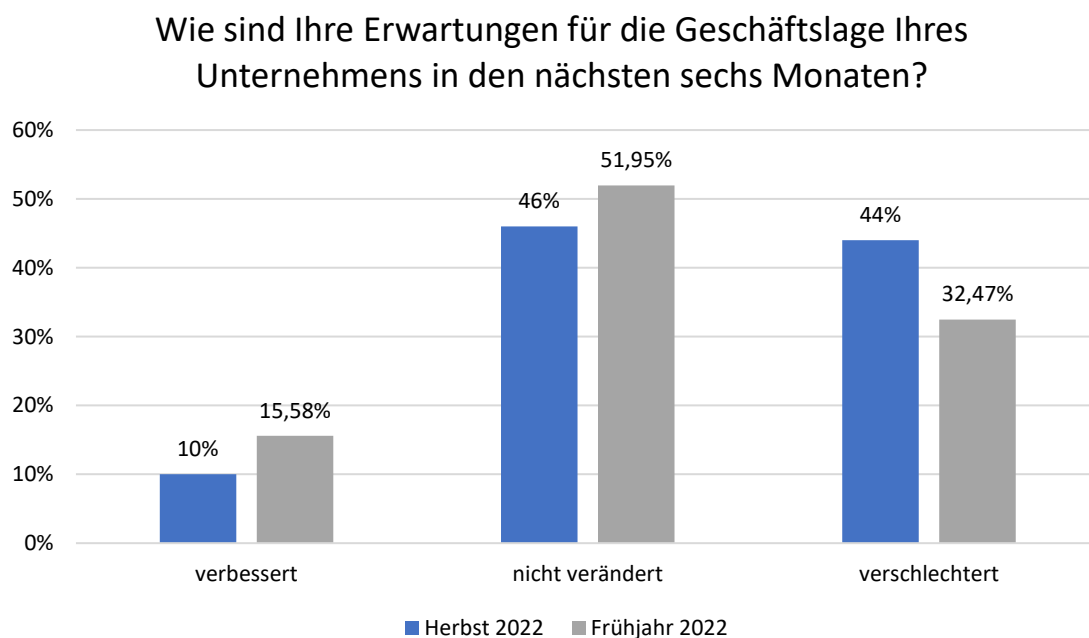
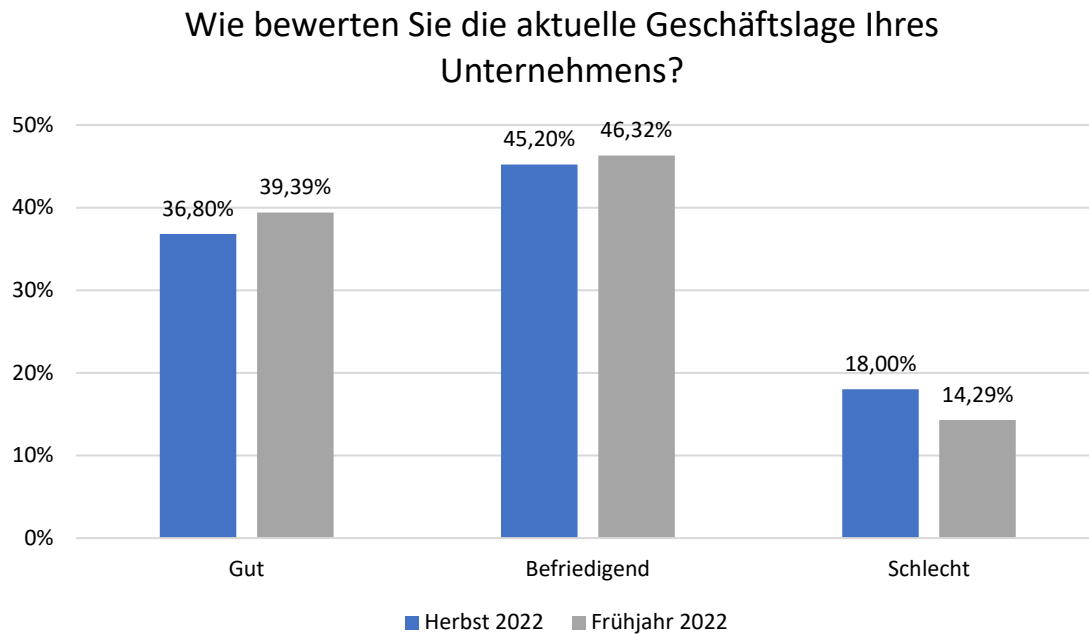


Wie viele Mitarbeiter hat Ihr Unternehmen?

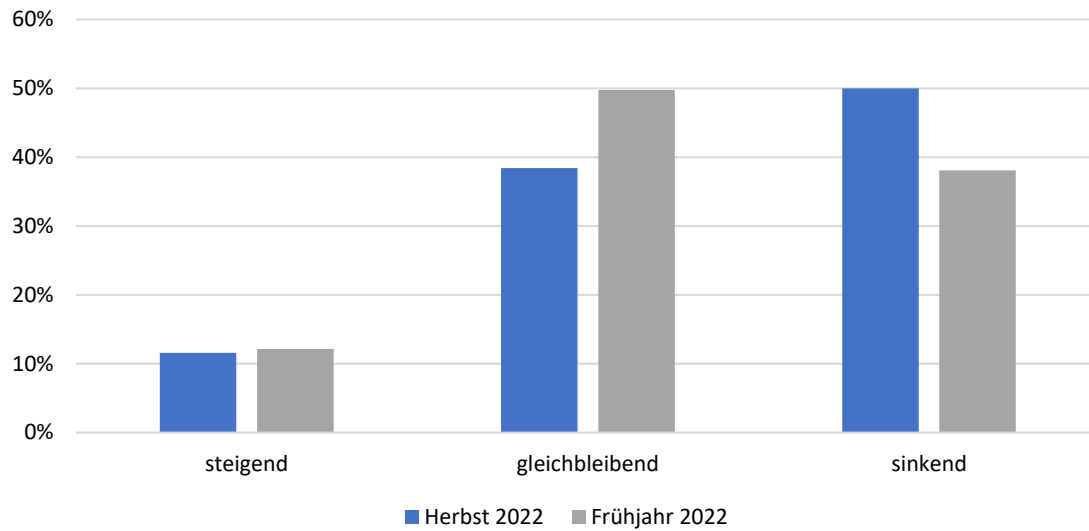


3. Die Ergebnisse im Überblick

3.1. Wirtschaftliche Lage des eigenen Unternehmens

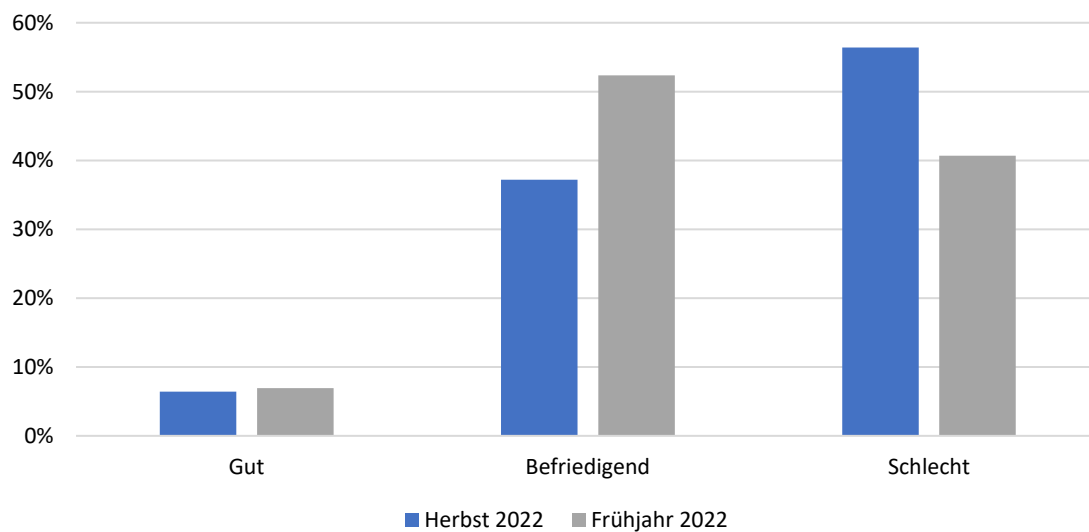


Wie werden sich Ihre Investitionen in den kommenden zwölf Monaten voraussichtlich entwickeln?

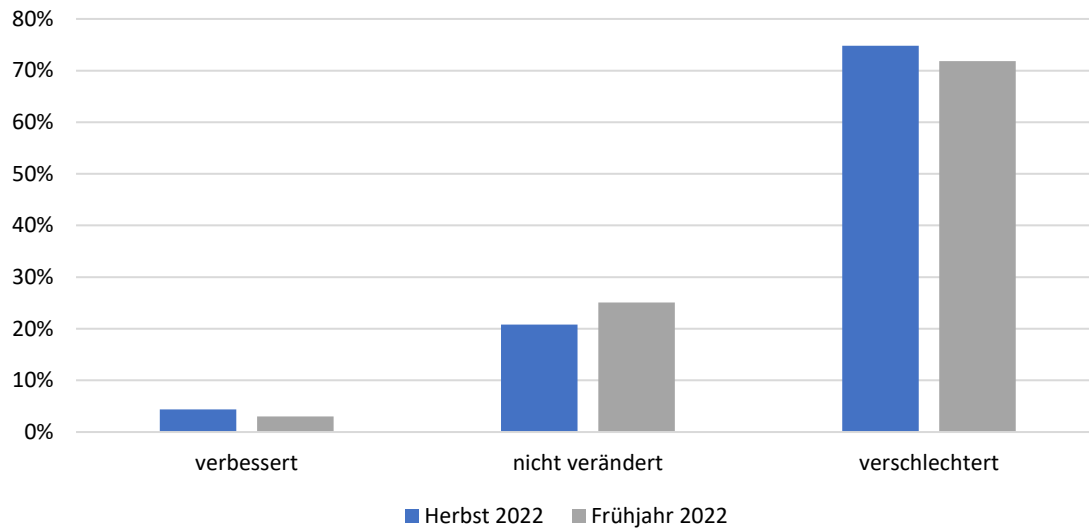


3.2. Wirtschaftliche Lage Deutschlands

Wie bewerten Sie die aktuelle wirtschaftliche Lage Deutschlands?

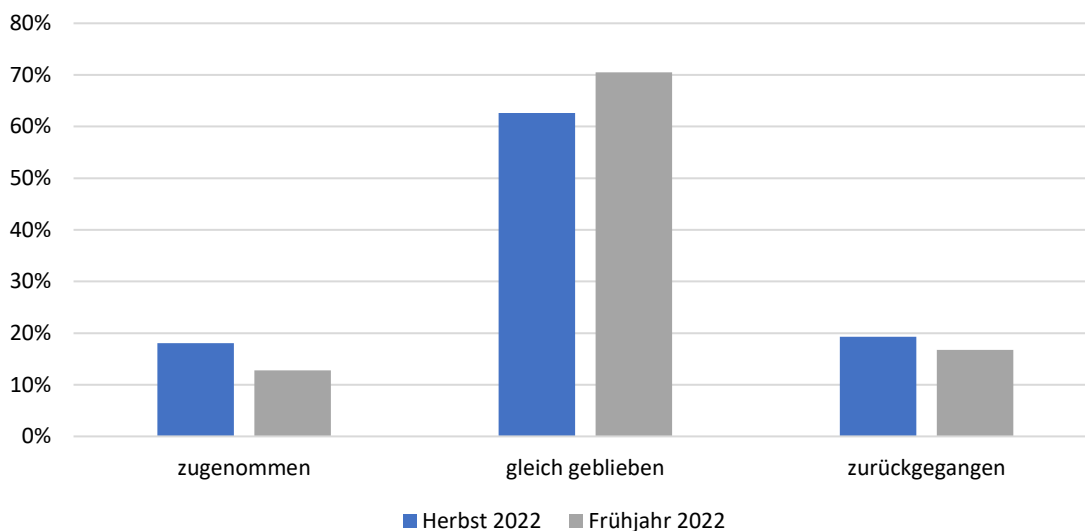


Wie sind Ihre wirtschaftlichen Erwartungen für Deutschland für die nächsten sechs Monate?

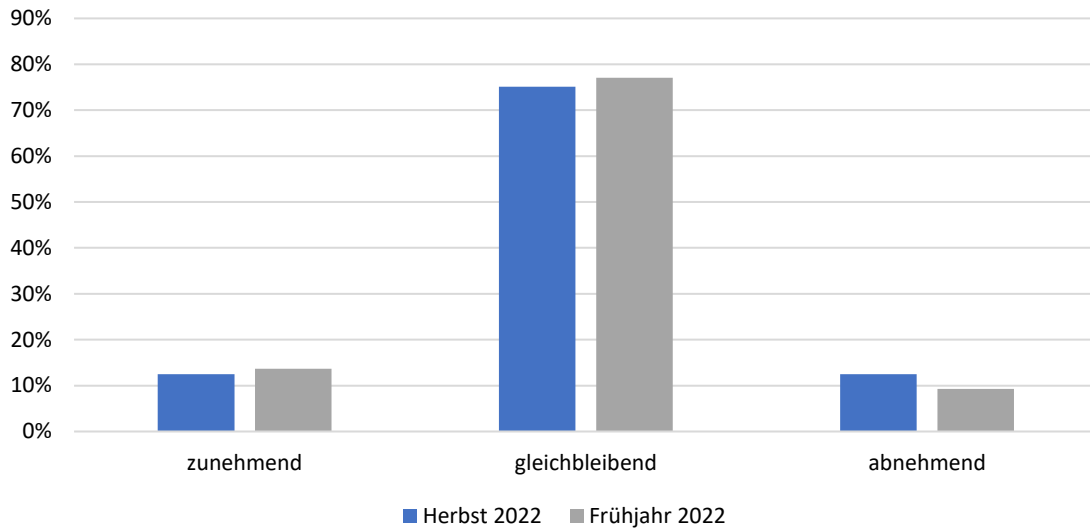


3.3. Personal

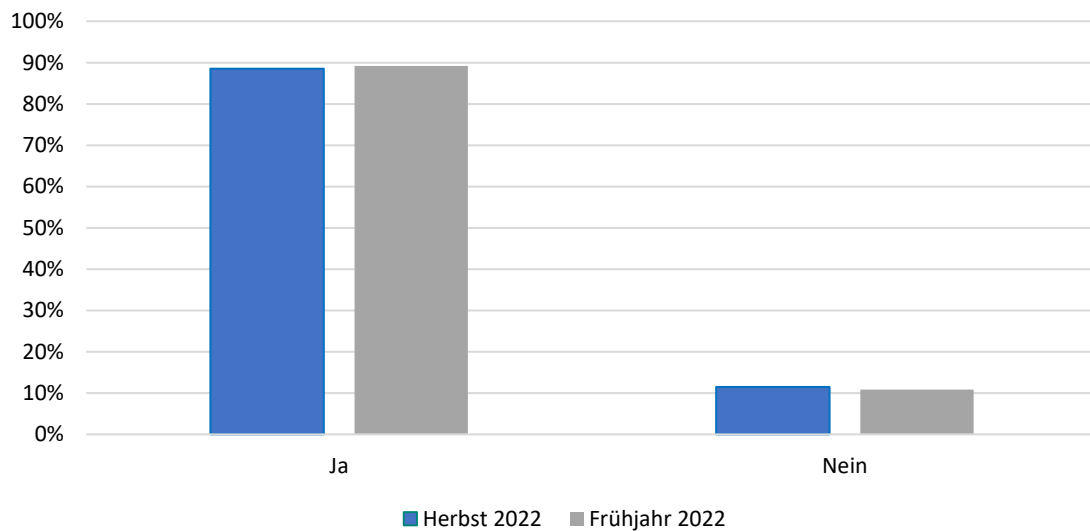
Wie hat sich Ihre Mitarbeiterzahl in den letzten zwölf Monaten entwickelt?



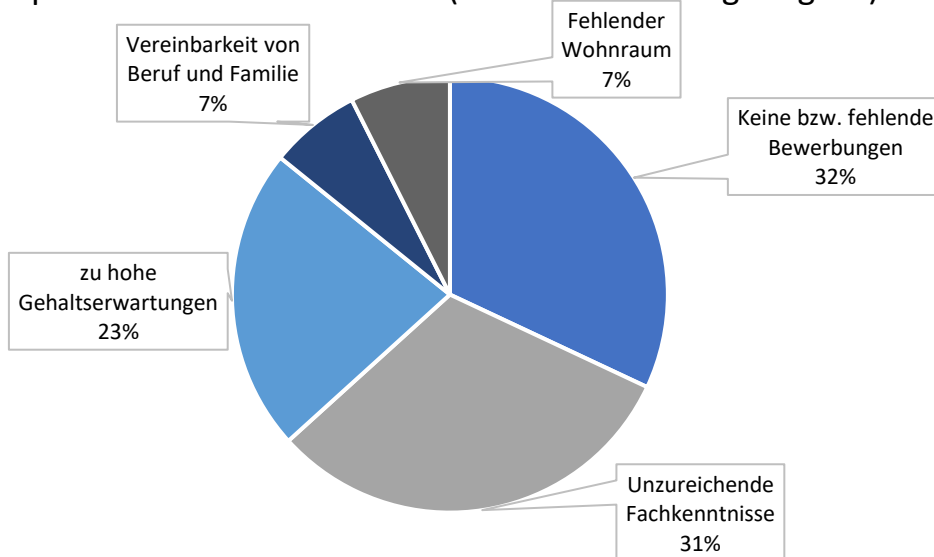
Wie wird sich Ihre Mitarbeiterzahl in den kommenden sechs Monaten entwickeln?



Ist es für Sie problematisch neue qualifizierte Mitarbeiter auf dem Arbeitsmarkt zu finden?

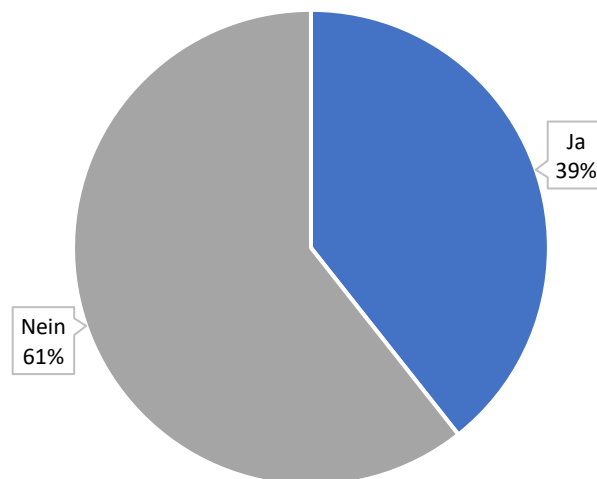


Welche Probleme haben Sie bei der Suche nach qualifizierten Mitarbeitern? (Mehrfachnennung möglich)

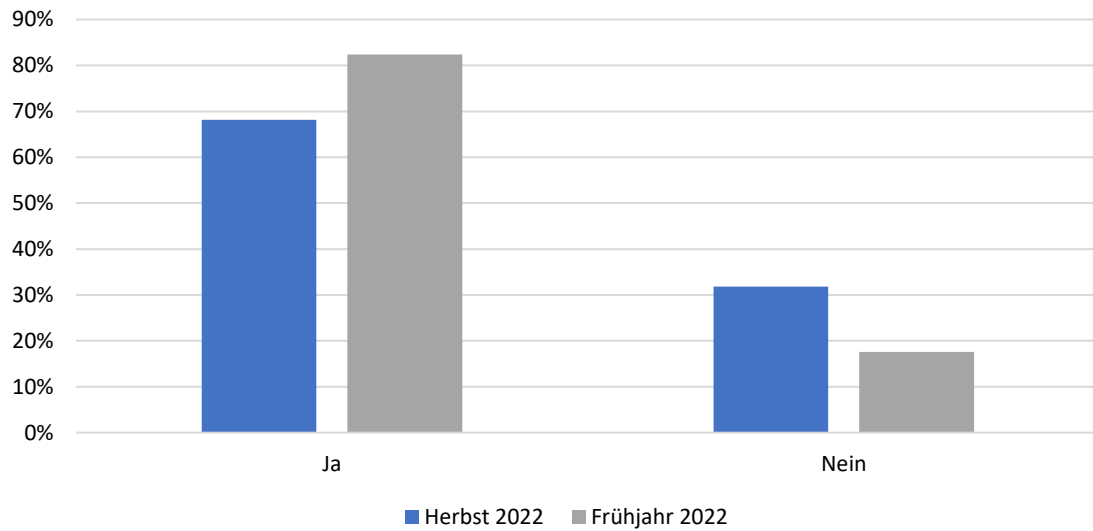


3.4. Auszubildende

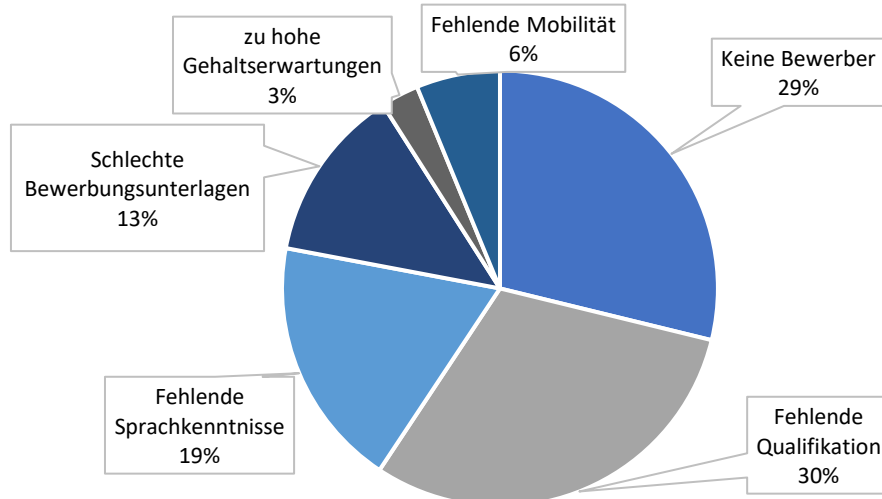
Bilden Sie aktuell aus?



Ist es problematisch für Sie neue geeignete Auszubildende zu finden?

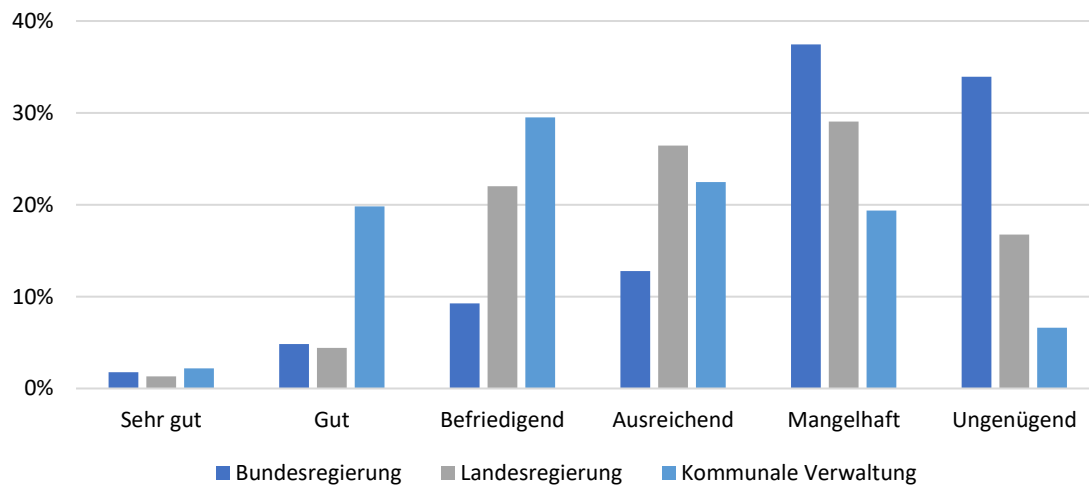


Welche Probleme haben Sie bei der Suche nach geeigneten Auszubildenden? (Mehrfachnennung möglich)

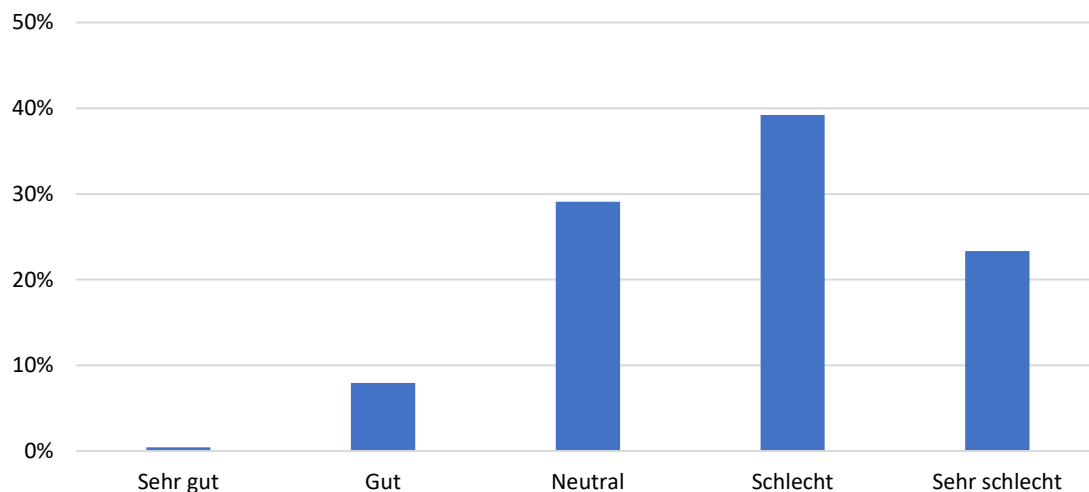


3.5. Politik

Wie bewerten Sie die aktuelle Arbeit der kommunalen Verwaltung / Landesregierung / Bundesregierung? (Schulnoten)



Wie bewerten Sie die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung (Entlastungspakete, Gaspreisbremse etc.) in der Energie- und Gaskrise

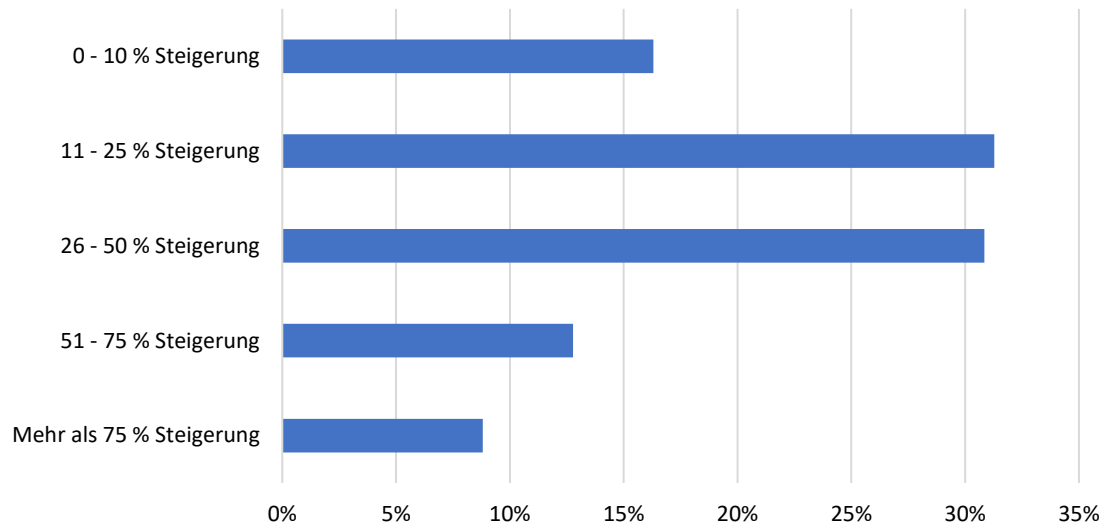


**Was sind die aktuell dringendsten politischen Themen für Sie?
(max. 3 Antworten)**

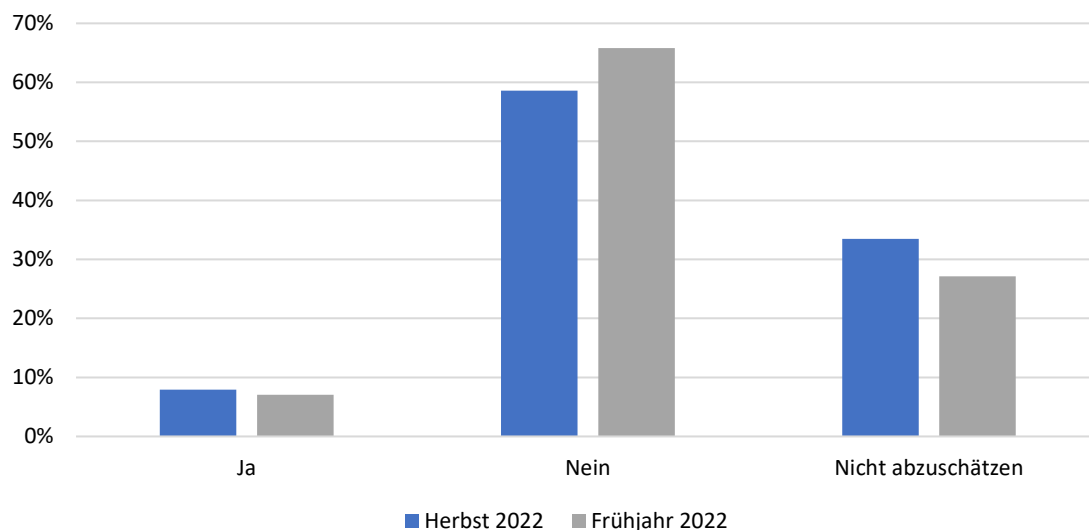
Maßnahmen	Anteil in %
Bürokratieabbau	61,67%
Bekämpfung der Inflation	59,03%
Energiepreise	58,15%
Material- bzw. Rohstoffmangel	27,75%
Fachkräftesicherung und -gewinnung	26,87%
Digitalisierung	18,50%
Lohnkostensteigerung	17,18%
Wiederbelebung Innenstädte	13,22%
Sonstiges (bitte angeben)	8,37%

3.6. Sonderthema Energie

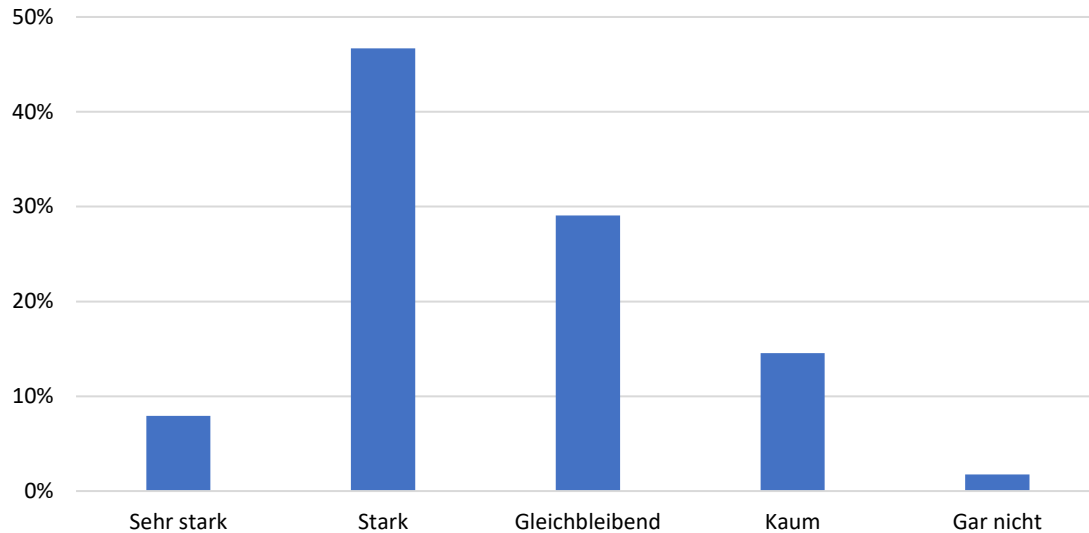
Wie haben sich die Energiekosten ihres Unternehmens in den letzten sechs Monaten entwickelt?



Sie die aktuellen Energiepreise für Ihr Unternehmen existenzbedrohend?



Wie sehr belasten die aktuellen Energiepreise ihr Unternehmen?



Welche Maßnahmen haben Sie bisher für Ihr Unternehmen ergriffen? (Mehrfachnennung möglich)

Maßnahme	Anteil in %
Absenkung der Raumtemperatur	59,03%
Energieeffizienzmaßnahmen (Heizungswartung etc.)	32,60%
Energetische Optimierung betrieblicher Prozesse	29,96%
Keine Maßnahmen wurden bisher ergriffen	18,50%
Energieberatung	14,10%
Erstellung Notfallplan	10,13%
Wechsel des Energieträgers (Fuel-Switch)	8,81%
Kontaktaufnahme mit dem Energieversorger	8,81%
Nutzung von Förderprogrammen	5,29%

Welche Maßnahmen wünschen Sie sich außerdem von der Politik in der aktuellen Energiekrise? (Mehrfachnennung möglich)

Maßnahmen	Anteil in %
Abschaffung allgemeiner bürokratischer Hürden	75,33%
verlängerte Laufzeiten der AKWs	66,96%
Steuererleichterungen bzw. Steuervereinfachung in Bezug auf Energiekosten	54,63%
Abschaffung bürokratischer Hürden bzgl. Ausbau von erneuerbaren Energien	52,86%
Schneller Ausbau regenerativer Energien	37,00%
Gezielte Förderprogramme für Investitionen in erneuerbare Energien	36,12%
Öffentliche Investitionen in Infrastruktur	30,40%
Gezielt Förderprogramme für Unternehmen mit Liquiditätsproblemen	29,52%
Rücknahme der Sanktionen gegenüber Russland	21,59%

4. Fazit

Mit dem halbjährlichen BDS-Stimmungsbarometer fragen wir die allgemeine Stimmung der Unternehmer und Unternehmerinnen und Selbständige in Baden-Württemberg ab. Neben wiederkehrenden Fragen zur wirtschaftlichen Lage des eigenen Unternehmens und Deutschlands, der Personallage und einer Bewertung der aktuellen politischen Situation, wird auch immer ein Sonderthema abgefragt. Aufgrund der aktuellen Situation wurden die Unternehmen, wie auch schon im Frühjahr 2022, erneut zur Gas- und Energiekrise befragt.

Die Ergebnisse des Stimmungsbarometers zeigen deutlich, dass die Gas- und Energiekrise die Unternehmen und Selbständigen in Baden-Württemberg voll im Griff hat. Nach zwei Jahren Corona-Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen war die Hoffnung groß, dass das Jahr 2022 wieder ein Schritt nach vorne sein wird. Durch den Krieg in der Ukraine und vor allem durch die daraus folgende Energie- und Gaskrise hat sich diese Hoffnung nicht bewahrheitet. Im Gegenteil, die befragten Unternehmen blicken äußerst pessimistisch sowohl auf die eigene wirtschaftliche Lage als auch auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Auch der Blick in die Zukunft ist eher von Pessimismus und Enttäuschung geprägt. Das spiegelt sich auch in der Bewertung der Arbeit der Landes- und Bundesregierung wider. Beide können mit ihrer aktuellen Arbeit die Selbständigen und Unternehmen im Land nicht überzeugen und erhalten dementsprechend schlechte Noten.

Für uns als Bund der Selbständigen Baden-Württemberg e.V. zeigt dieses Stimmungsbarometer deutlich, dass gerade die kleinen und mittleren Unternehmen sich von der Politik mit den vielen Krisen im Stich gelassen fühlen. Und sehen dies als klaren Auftrag, die Interessen und Bedürfnisse unserer Mitglieder und der KMUs in Baden-Württemberg noch lauter und deutlicher zu vertreten.